

Arnhold, Klaus

Research Report

US-Raketenabwehr - was nun? Anregungen für Konsultationen in der NATO-

SWP-Aktuell, No. 6/2001

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Arnhold, Klaus (2001) : US-Raketenabwehr - was nun? Anregungen für Konsultationen in der NATO-, SWP-Aktuell, No. 6/2001, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254335>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

US-Raketenabwehr – was nun?

Anregungen für Konsultationen in der NATO

Klaus Arnholt

Die neue US-Regierung überprüft derzeit die Raketenabwehrpläne der Clinton-Administration und wird voraussichtlich noch in diesem Jahr ihr eigenes Raketenabwehrkonzept vorstellen. Nachdem US-Verteidigungsminister Rumsfeld bei der Konferenz für Sicherheitspolitik in München am 3. Februar 2001 zugesagt hatte, die NATO-Verbündeten zu konsultieren, werden in den europäischen Hauptstädten die bisherigen Positionen überprüft. Daß die russische Regierung am 20. Februar 2001 ein europäisches nicht-strategisches Raketenabwehrsystem vorgeschlagen hat, läßt erkennen, daß sie auf die transatlantische Diskussion Einfluß nehmen möchte. Für die Bundesregierung wie für andere Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten wird es darauf ankommen, Chancen und Risiken der amerikanischen Raketenabwehrpläne zu bewerten und dazu beizutragen, daß Raketenabwehr für Europa, aber auch weltweit zu mehr Sicherheit führt.

* Eine ausführliche Darstellung findet sich im SWP-Arbeitspapier 3147 des Autors, Raketen und Raketenabwehr. Die US-Raketenabwehr – Teil der neuen Weltordnung?, Dezember 2000.

Seit Jahren kritisieren Rußland, China und viele europäische Regierungen die amerikanischen Raketenabwehrpläne: Die USA zeichneten ein übertriebenes Bild von der Bedrohung durch Raketen mit Massenvernichtungswaffen (MVW); die nationale Raketenabwehr (NMD) und die regionale Raketenabwehr (TMD) würden die internationale Sicherheit und Stabilität gefährden; der amerikanisch-sowjetische Raketenabwehrvertrag (ABM-Vertrag) von 1972 drohe zerstört zu werden mit der möglichen Folge, daß die nuklearstrategische Abrüstung der USA und Rußlands in Frage gestellt werden; letztlich bestehe die Gefahr, daß NMD und TMD in einigen Regionen der Welt ein Wettrüsten auslösen.

Bei den noch in diesem Jahr beginnenden Konsultationen in der NATO werden daher eine Reihe von Fragen zu erörtern sein: Wo liegt der Nutzen der geplanten Raketenabwehr für die amerikanische, europäische und weltweite Sicherheit? Welche Risiken gibt es? Wie könnten sie beseitigt werden? Wie kann sichergestellt werden, daß die Abrüstung strategischer Offensivwaffen fortgesetzt wird? Wieviel und welche Art von Raketenabwehr braucht Europa? Wie und in welchen Bereichen sollten europäische Staaten mit den USA kooperieren? Welche Auswirkungen hätte Raketenabwehr auf das strategische Konzept der NATO? Wie sollte die NATO auf den russischen Vorschlag reagie-

ren? Wie kann verhindert werden, daß Raketenabwehr zum Kristallisationskern für latent vorhandene anti-amerikanische Gefühle in Europa wird?

NMD und TMD sind keine Programme zur Entwicklung *künftiger* Technologien, sondern unterschiedlich weit in die Zukunft reichende, teilweise sehr ehrgeizige Programme zur Integration bereits *vorhandener* Technologien. Erste Systeme werden in den nächsten Jahren einsatzbereit sein, bei anderen mag das noch zehn Jahre oder länger dauern. Die politischen und konzeptionellen Fragen sollten jedoch möglichst bald beantwortet werden. Wichtigste Voraussetzung für eine fruchtbare Diskussion in der NATO ist zunächst das gemeinsame Verständnis: Was wollen die USA und warum?

Das amerikanische »Gesamtkonzept«

Das erste Verständigungsproblem zwischen Europa und den USA betrifft die Rechtfertigung der amerikanischen Raketenabwehrpläne. Die »rogue states« oder »states of concern«, wie Nordkorea, Iran, Irak oder Libyen, waren und sind nur Fallbeispiele, aus denen eine geänderte Verwendung militärischer Mittel im Rahmen amerikanischer Außenpolitik abgeleitet wird. Tatsächlich kommt die Rechtfertigung der amerikanischen Raketenabwehrpläne ohne den Bezug zu einem bestimmten Staat aus. Das prinzipielle Vorhandensein von Raketen und MVW bei Problemstaaten ist Begründung genug.

Heute verfügen mehr Staaten über ballistische Raketen als während des Kalten Krieges, insgesamt 32 Länder. Viele davon könnten die Gefechtsköpfe dieser Raketen mit chemischen Kampfmitteln füllen, einige sogar einen Nukleargefechtskopf verwenden.

Ungeachtet dessen hat die Weiterverbreitung von Raketen in Verbindung mit Massenvernichtungswaffen die Sicherheit des Territoriums der USA und ihrer Bevölkerung nicht unmittelbar beeinträchtigt. Alle Problemstaaten werden vorerst kaum

in der Lage sein, Ziele in den USA mit Interkontinentalraketen zu beschießen. Die Weiterverbreitung von Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie Massenvernichtungswaffen während des letzten Jahrzehnts im Nahen und Mittleren Osten, in Süd- und Ostasien, also in Regionen, in denen die Vereinigten Staaten Interessen verfolgen oder Verpflichtungen haben, brachte dennoch neue Risiken mit sich. Sie lassen sich aus Sicht der US-Regierung und des Kongresses nur beherrschen, wenn die Wahrscheinlichkeit der Gefährdung eigener und verbündeter Streitkräfte, aber auch die – weit geringere – der Bevölkerung in den USA reduziert wird. Die USA verfolgen dieses Ziel mit zwei »Programmen«:

1. Reduzierung der Risiken für die USA im Rahmen der »homeland defense«. Dazu gehören die Abwehr eines Raketenangriffs eines Problemstaates gegen die USA durch NMD, das Verhindern von terroristischen Aktionen in den USA, besonders den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, sowie die Schadensbegrenzung bei Angriffen mit solchen Waffen. Zusätzlich wird versucht, Abwehrmaßnahmen gegen die Schädigung von Datenverarbeitungszentren zu entwickeln (information warfare).

2. Schutz der eigenen und verbündeten Streitkräfte gegen Kurz- und Mittelstreckenraketen bei Einsätzen außerhalb der USA durch TMD. TMD dient gleichzeitig dazu, die Bedeutung der Nuklearwaffe als Abschreckungsmittel gegen Raketen mit Massenvernichtungswaffen zu verringern. Diese Zielsetzung reflektiert die Erfahrung des Golfkrieges von 1991: Die Androhung eines Nukleareinsatzes in Regionalkonflikten ist in der Regel unverhältnismäßig, aus vielen Gründen unerwünscht und daher wenig glaubwürdig.

Amerikanische Außenpolitik gewinnt durch NMD und TMD neue Handlungsfreiheit: TMD bedeutet für die weltweite militärische Interventionsfähigkeit der USA zusätzlichen Schutz und vermindert ihre Abhängigkeit vom amerikanischen Nuklearpotential. NMD dient der Rückversicherung gegen eine nicht völlig aus-

zuschließende Drohung mit einem begrenzten Raketenangriff gegen das Territorium der USA.

Ein neues Wettrüsten?

Über Krieg oder Frieden wird seit Ende des Kalten Krieges regional, national oder innerstaatlich entschieden. In der regionalisierten Welt mit ihren Instabilitäten gibt es regionalisiertes Wettrüsten. Verwiesen sei nur auf Israel und seine arabischen Nachbarn und Iran; Iran und Irak; Indien und Pakistan sowie China; China und Taiwan. So hat zum Beispiel Israel entschieden, sich eine nationale Raketenabwehr zuzulegen. Im letzten Jahr begann es mit der Stationierung von Arrow-Raketenabwehrsystemen. Es bleibt abzuwarten, ob in der Region, etwa in Iran, »nachgerüstet« wird. Indien und China verfügen über in Rußland produzierte Systeme zur Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen, Taiwan über solche aus amerikanischer Herstellung. Das Wettrüsten mit Raketen, Massenvernichtungswaffen und nun auch mit Raketenabwehrsystemen findet längst statt.

Mit wem rüsten die USA um die Wette?

Bei NMD nicht mit Rußland. Eine NMD, die Hunderte russischer Raketen abwehren könnte, ist derzeit weder technisch vorstellbar noch zu bezahlen.

Mit China? China besitzt etwa 20 Raketen, die die USA erreichen könnten. Im Zuge der eingeleiteten Modernisierung der chinesischen Nuklearstreitkräfte könnten es einige mehr werden. NMD würde als Abwehrschirm wirken, der chinesische Raketen aussperrt. Wird NMD also vor allem wegen China errichtet? Stimmen in den USA, die das behaupten, mißachten das tatsächliche amerikanisch-chinesische Kräfteverhältnis: China war in der Vergangenheit den USA militärisch weit unterlegen, wird dies auch für absehbare Zeit bleiben.

Welchen zusätzlichen Nutzen brächte den USA ein Schutzschild gegen chinesische Raketen? In einer Krise etwa um Taiwan? In der Vergangenheit reichte dort zum Krisenmanagement die Pazifikflotte. Auch daran wird sich vorerst kaum etwas ändern. NMD wegen China macht daher wenig Sinn. Wäre es andererseits vorstellbar, daß die chinesische Führung so irrational handelt und das Territorium der USA militärisch bedroht? Fühlte sie sich in diesem Fall ernsthaft durch NMD behindert? Jedenfalls hat sie derartiges in der Vergangenheit unterlassen, selbst in Zeiten größter politischer Spannungen. China sah jahrzehntelang seine Sicherheit durch die Überlegenheit des amerikanischen Offensivwaffenarsenals nicht bedroht. Warum sollte es sich nun durch Defensivwaffen in Alaska oder North Dakota bedroht fühlen?

Wenn China behauptet, es müsse wegen NMD »nachrüsten«, so gibt es dafür in Wahrheit andere Gründe: Hunderte von chinesischen Raketen bedrohen Taiwan. Würden die USA Taiwan mit modernen Raketenabwehrsystemen ausstatten – die chinesische Führung behauptet, diese Systeme wären Teil der amerikanischen NMD –, verlöre China eine wichtige militärische Option gegenüber Taiwan. China müßte in anderen Waffenarten nachrüsten, um wie zuvor militärischen Druck auf Taiwan ausüben zu können.

Rücksicht auf Rußland?

Der russische Vorschlag, ein nicht-strategisches Raketenabwehrsystem für Europa einschließlich Rußland aufzubauen, im Februar 2001 beim Besuch des Nato-Generalsekretärs in Moskau erneuert und im Detail beschrieben, geht wie die Planungen der USA von einer neuen Bedrohung aus. Auch Rußland ist von regionalen Instabilitäten betroffen, besonders an seiner Südgrenze. Kurz- und Mittelstreckenraketen, auch mit Massenvernichtungswaffen, sind dort bereits vorhanden. TMD wird für die russische Sicherheit benötigt. Rußland

besitzt einsatzbereite bzw. fertig entwickelte TMD-Systeme vom Typ S-300 und S-400.

Braucht Rußland Europa für die Raketenabwehr? Zu deren Finanzierung? Zur technologischen Verbesserung? Niemand im Westen weiß, wie effektiv russische Raketenabwehrsysteme sind. Ist der Vorschlag nur ein taktisches Manöver, um Europa in der Frage der Raketenabwehr von den USA zu trennen? Letztere werden in dem Vorschlag nicht angesprochen, obwohl Raketenabwehr als Teil der erweiterten Luftverteidigung der NATO ohne die USA nicht denkbar ist. Glaubt Rußland ernsthaft, als Nicht-Nato-Staat in der Nato-Struktur mit dem höchsten Integrationsgrad als gleichberechtigter Partner mitwirken zu können? Raketenabwehr besteht nicht nur aus Abfangraketen, sondern aus ihrem Verbund mit Aufklärungs-, Führungs- und Informationssystemen, der in jedem Szenario funktionsfähig bleiben muß, auch dann, wenn ein Partnerstaat andere politische Ansichten vertritt. Will Rußland sich dem unterwerfen? Erwartet Rußland im Gegenzug den Einsatz von Nato-Systemen bei Konflikten an seiner Südgrenze, selbst wenn dies nicht in europäischem Interesse läge, wie unter anderem in Tschetschenien? Diese Fragen sollte Rußland beantworten. Die Europäer müßten sich darüber im klaren werden, wie Rußland in einer Situation wie im Kosovo das Krisenreaktionsverhalten der Allianz oder der Europäischen Union beeinflussen könnte.

Rußland lehnt NMD nicht bedingungslos ab. Es hat bereits im April 2000 mit dem Ratifizierungsgesetz zu START II ein Junktim aufgestellt zwischen einerseits einer Abrüstungsvereinbarung mit den USA über strategische Offensivwaffen, die russische Bedürfnisse befriedigt, und der russischen Position zu NMD und zum ABM-Vertrag. Rußland muß weiter abrüsten. Es fehlen die Ressourcen für den Unterhalt und die Modernisierung des gegenwärtigen strategischen Potentials auf START-I-Niveau (6000 Gefechtsköpfe). Rußland will noch vor dem 31. Dezember 2003, gemeinsam mit den USA und auch für diese verbindlich, die

Obergrenze für nuklearstrategische Offensivwaffen bei 1000–1500 Gefechtsköpfen festschreiben. Gelingt dies, wird START II überflüssig. Russische Strategen sind klug genug, um zu wissen, daß NMD von ihnen kaum verhindert werden kann und daß NMD allein Rußlands Sicherheit nicht beeinträchtigt. Das werden sie aber erst zugeben, wenn die neue Vereinbarung über strategische Offensivwaffen unterschrieben ist. Erst in diesem Zusammenhang werden sie auch ihre Opposition aufgeben gegenüber der möglichen Aufkündigung des ABM-Vertrages durch die USA oder einer letztlich sinnentstellenden Modifizierung dieses Vertrages, die den USA NMD gestatten würde. Sollte es dazu nicht kommen, hat Rußland bereits den Fluchtweg skizziert: Da START II nicht in Kraft treten würde, stünde es Rußland frei, auch weiterhin Mehrfachgefechtsköpfe auf landgestützten Interkontinentalraketen zu besitzen. Auf einen Schlag und ohne größere Mehrkosten ergäbe sich die Option, statt 1500 etwa 3000 Gefechtsköpfe auf strategischen Offensivwaffen zu belassen und noch auf Jahre zu unterhalten. Eine derartige Entscheidung dürfte um so wahrscheinlicher sein, je stärker Rußland die USA als Bedrohung wahrnimmt, ausgelöst zum Beispiel durch eine extensive amerikanische Weltraumrüstung oder ein offensives Vorgehen der USA in der Region des Kaspischen Meeres.

Warten auf Washington

Einige Republikaner, unterstützt durch Studien der Heritage Foundation, hatten der Clinton-Administration vorgeworfen, die Entwicklung der seegestützten Systeme vernachlässigt zu haben. Zudem sei eine einzige landgestützte NMD-Stellung in Alaska für NMD insgesamt zu wenig. Entsprechend bekundete Gouverneur Bush während des Präsidentschaftswahlkampfes seine Absicht, die NMD-Entwicklung und -Stationierung schneller und effektiver voranzutreiben. Auch als Präsident hat sich George W. Bush bereits mehrfach zu NMD

bekannt. Dennoch wird es voraussichtlich noch einige Monate dauern, bis die US-Regierung ein neues Raketenabwehrkonzept vorlegen kann.

Die grundsätzliche Zustimmung zu NMD im Kongreß ist eine der wenigen Konstanten im derzeitigen amerikanischen Entscheidungsprozeß. Angesichts der Sitzverteilung müssen auch die Meinungen von Demokraten berücksichtigt werden. Das wird die Beschlußfassung verzögern. Die Visionen einiger Republikaner, binnen vier bis fünf Jahren weltweit seegestützte TMD-Systeme einsetzen zu können, die zugleich als vorausdislozierte NMD wirken würden, sind nicht so schnell in die Tat umzusetzen. Bei seegestützten Systemen besteht der größte Entwicklungsrückstand. Ihn schnell durch kräftige Finanzspritzen auszugleichen ist heute nicht mehr ohne weiteres möglich. Die bereits vom Repräsentantenhaus gebilligte Steuersenkung für die nächsten zehn Jahre und die akute Abschwächung des amerikanischen Wirtschaftswachstums vermindern das Steueraufkommen und beschränken die Aufwuchsmöglichkeiten des Verteidigungsetats.

Zudem wird in den Verteilungskämpfen um diesen Etat neben den Teilstreitkräften und der Raketenabwehr ein weiterer Konkurrent auftreten: das militärische Weltraumprogramm. Kurz vor ihrer Ablösung erhielt die Clinton-Administration am 11. Januar 2001 noch die Studie der Kommission zur Bewertung der militärischen Weltraumaktivitäten. Sie kam unter Leitung des heutigen Verteidigungsministers Rumsfeld zu dem Ergebnis, daß das militärische Weltraumprogramm dringender der Modernisierung und Erweiterung bedarf. In welchem Ausmaß sich die Ausgaben für Raketenabwehr, wenn überhaupt, unter diesen Umständen in den nächsten Jahren steigern lassen, ist somit völlig offen. Die Entwicklung eines glaubwürdigen NMD-Konzeptes, das die Versprechungen des Wahlkämpfers Bush einlöst, wird dadurch nicht erleichtert.

Letztlich wird auch die künftige Vorgehensweise amerikanischer Außenpolitik

darüber bestimmen, wie das NMD-Konzept der Bush-Administration aussieht und wann es präsentiert wird. Fänden die USA mit Rußland gemeinsam eine Lösung für die Abrüstung der strategischen Offensivwaffen, verstummte voraussichtlich die russische Kritik an NMD und an dem möglichen Ende des ABM-Vertrages. Auch wenn aus Washington wiederholt zu vernehmen ist, man prüfe eine Reduzierung auf 1000 bis 1500 Gefechtsköpfe, so ist eine Festlegung gegenüber Rußland kaum vor Abschluß der Revision der amerikanischen Verteidigungspolitik durch die neue Administration zu erwarten. Wenn es zu dieser Festlegung käme, müßte sichergestellt werden, daß Rußland nicht nur die amerikanischen Vorstellungen zur nuklearen Abrüstung akzeptiert, sondern sich auch mit dem Schicksal des ABM-Vertrages abfindet. In diesem Kontext wäre die Präsentation eines neuen Raketenabwehrkonzeptes angebracht, wenn es bis dahin fertiggestellt sein sollte. Dies wäre eine denkbare, auf Kooperation angelegte Vorgehensweise. Wird die US-Regierung bereit sein, mit der Umsetzung ihres NMD-Konzeptes so lange zu warten? Oder werden die USA russische Interessen übergehen und unilateral agieren, wann und wie immer es aus der Sicht Washingtons opportun erschiene? In der neuen Administration wird schließlich auch die Auffassung vertreten, Abrüstungsverhandlungen und Bemühungen um eine kooperative Sicherheitspolitik seien typisch für den Kalten Krieg gewesen und heute nicht mehr in gleicher Weise erforderlich.

Eines zeichnet sich jedoch ab: Daß amerikanische Regierungsvertreter bereits mehrfach den Begriff Allied Missile Defense (AMD) anstelle von NMD verwendet haben, ist ein Indiz dafür, daß die USA die sicherheitspolitischen Partner (europäische NATO-Staaten, Israel, Südkorea, Taiwan, Japan) in ihre globalen Raketenabwehrpläne einbeziehen wollen. Trifft dies zu, könnte auch Europa ein Mitspracherecht beanspruchen.

Anregungen für die deutsche Politik **Abrüstung und Rüstungskontrolle**

Die Konsultationen in der NATO sind als Chance zu begreifen, deutsche und europäische Interessen gegenüber den USA zu vertreten und zugleich dazu beizutragen, den Klärungsprozeß voranzutreiben, der Antwort auf die Frage geben soll »Wieviel Raketenabwehr brauchen die europäischen NATO-Streitkräfte?« Dazu werden im folgenden Anregungen gegeben.

Vorgehensweise

- Die Partner in der EU sollten schrittweise gemeinsame Positionen zu den Fragen entwickeln, die mit der Raketenabwehr zusammenhängen.
- Die US-Regierung sollte bestärkt werden, die mit der Raketenabwehr zusammenhängenden Fragen einvernehmlich mit den betroffenen Regierungen zu klären, und dazu veranlaßt werden, auf unilaterales Vorgehen möglichst zu verzichten.
- Die US-Regierung sollte aufgefordert werden, das von ihr zu entwickelnde NMD- und TMD-Konzept vor der endgültigen Beschlußfassung ausführlich in der NATO vorzustellen.

Raketenabwehr für Europa

- Die Klärung der Option einer Raketenabwehr für Europa ist voranzutreiben. Dabei dürfte die Bedrohungsanalyse der regional orientierten NATO und EU anders aussehen als die der Globalmacht USA.
- Die Diskussion mit Rußland über den Vorschlag eines europäisch-russischen Raketenabwehrsystems sollte auch im Hinblick auf dessen politische Grundsatzzfragen intensiviert werden. Rußland sollte seine TMD-Systeme vorstellen und zur Beobachtung einer Raketenabwehrübung einladen.

- Die US-Regierung sollte bestärkt werden, bei der Überprüfung ihrer Verteidigungspolitik den Bedarf an strategischen Offensivwaffen auf die heutigen Bedingungen abzustimmen. Eine Absenkung des Niveaus auf 1000 bis 1500 nukleare Gefechtsköpfe wäre zu begrüßen.
- Die US-Regierung sollte aufgefordert werden, sicherzustellen, daß die weitere Reduzierung strategischer Offensivwaffen ausreichend verifiziert wird. Eine Fortsetzung des START-Verifikationsregimes, selbst wenn es »nur« zu einer politisch bindenden Vereinbarung über die weitere Abrüstung kommen sollte, wäre wünschenswert.
- Die US-Regierung sollte aufgefordert werden, Entscheidungen zum ABM-Vertrag und zur Abrüstung amerikanischer strategischer Offensivwaffen nicht unilateral zu treffen. Denkbar wäre eine amerikanisch-russische Vereinbarung, über die Zukunft des ABM-Vertrages erst nach Abschluß der Verhandlungen über die strategischen Offensivwaffen zu entscheiden. Rußland sollte in diesem Fall zusagen, die amerikanischen NMD-Aktivitäten bis zum Abschluß der Verhandlungen zu tolerieren.
- Der US-Regierung könnte vorgeschlagen werden, eine Initiative für die Verhandlung eines internationalen Vertrags über das Verbot von Mehrfachgefechtsköpfen auf landgestützten Interkontinentalraketen zu starten. Damit könnte dieser wichtige Bestandteil des START-II-Vertrages bewahrt und der Versuch unternommen werden, China von der »Nachrüstung« in diesem Bereich abzuhalten.
- Der US-Regierung könnte vorgeschlagen werden, im Hinblick auf NMD und Interkontinentalraketen eine doppelte Null-Lösung folgenden Inhalts zu prüfen: Unter der Voraussetzung, daß ein Vertrag über das weltweite Verbot von landgestützten Interkontinentalraketen (ICBM) in Kraft träte, der mindestens von allen derzeitigen Besitzerstaaten ratifi-

ziert werden müsste, wären die USA bereit, auf NMD zu verzichten. Dieser Vorschlag wäre aus nachstehenden Gründen bedenkenswert: Als Folge einer Reduzierung auf 1000 bis 1500 Gefechtsköpfe wäre die Neustrukturierung der amerikanischen Nuklearstreitkräfte zwingend erforderlich. In diesem Fall wäre nicht auszuschließen, daß die USA den Verzicht auf landgestützte Interkontinentalraketen erwägen.

Die USA könnten mit diesem Vorschlag ihren Abrüstungswillen dokumentieren. NMD würde als Mittel zur weltweiten Eliminierung landgestützter ICBM instrumentalisiert. Gleichzeitig würde deutlich, daß eine nukleare Triade, wie sie derzeit noch China und Indien anstreben, nicht mehr erforderlich ist, um den Status einer nuklearen Großmacht zu erlangen.

- Die US-Regierung sollte aufgefordert werden, einen Verhaltenskodex für den Export von TMD aufzustellen, in der NATO zu diskutieren, zu veröffentlichen, sich ihm zu unterwerfen und andere Raketenabwehr-Exportstaaten zur Einhaltung zu veranlassen, um zusätzliche Instabilitäten durch die Weiterverbreitung von TMD zu vermeiden.

Öffentlichkeitsarbeit

- Im Rahmen der NATO sollte ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit entwickelt werden, das die Zusammenhänge aufzeigt, die zwischen der Weiterverbreitung von Raketen und Massenvernichtungswaffen einerseits und der Raketenabwehr und ihren Wirkungen andererseits bestehen.

Ziele

Die Bundesregierung sollte eine aktive Rolle in den bevorstehenden Konsultationen in der NATO übernehmen. Die angeführten Anregungen könnten Bestandteil

der erforderlichen Vorbereitungen werden. Gemeinsam mit den europäischen Verbündeten sollte Deutschland dazu beitragen, die amerikanischen Pläne für NMD und TMD im Sinne europäischer Sicherheitsinteressen zu nutzen: Festigung der transatlantischen Beziehungen; Aufrechterhaltung eines kooperativen Verhältnisses zu Rußland; Fortsetzung der nuklearstrategischen Abrüstung; Nutzung der Raketenabwehr für die europäische Sicherheit, zum Beispiel durch die Aufstellung mobiler Raketenabwehrkräfte. Dies wäre ein Programm für die nächsten Jahre, dessen Fundament in den kommenden Monaten gelegt werden müsste.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf